Beschluß

In der Parteigerichtssache

des CDU-Kreisverbandes R,

vertreten durch den Kreisvorstand,

dieser vertreten durch den Kreisvorsitzenden Herrn Staatsminister Dr. Sch MdL aus B

-Antragsteller, Beschwerdeführer und Rechtsbeschwerdeführer-

g e g e n

Herrn Diplom-Verwaltungswirt (FH) G aus M

-Antragsgegner, Beschwerdegegner und Rechtsbeschwerdegegner-

Beigeladener:

der CDU-Gemeindeverband M,

vertreten durch den Gemeindeverbandsvorstand,

dieser vertreten durch den Gemeindeverbandsvorsitzenden Herrn W aus M

wegen Ausschlusses aus der CDU

hat das Bundesparteigericht der CDU aufgrund der mündlichen Verhandlung am 8. Juli 1997 in Bonn durch

Präsident des Oberlandesgerichts a.D. Dr. Eberhard Kuthning

-als Vorsitzenden-

Regierungsdirektor Bernhard Hellner

Richterin am Bundesgerichtshof Dr. Heidi Lambert-Lang

Rechtsanwalt Friedrich W. Siebeke

Präsident des Landgerichts Dr. Friedrich August Bonde

-als beisitzende Richter-

beschlossen:

Die Rechtsbeschwerde des Antragstellers gegen den aufgrund der mündlichen Verhandlung vom 30. März 1996 ergangenen Beschluß des Landesparteigerichts Baden-Württemberg der CDU wird als unzulässig verworfen.

Im Verfahren vor dem Bundesparteigericht sind Gebühren nicht entstanden. Die außergerichtlichen Kosten und Auslagen sind von den Verfahrensbeteiligten selbst zu tragen.

Gründe

I.

Der am 2. Januar 1931 geborene Antragsgegner ist seit dem 1. Januar 1953 Mitglied der CDU. Im Jahre 1969 trat er als freier Kandidat für die Wahl des Bürgermeisters der Gemeinde M an und hatte Erfolg. Die CDU hatte damals einen eigenen anderen Kandidaten aufgestellt. Im Jahre 1977 stellte er sich wiederum als freier Kandidat mit Erfolg zur Wiederwahl. Auch für diese Wahl hatte die CDU einen eigenen anderen Kandidaten, Herrn v. d. M, aufgestellt. Im Jahre 1985 trat der Antragsgegner bei der Bürgermeisterwahl als CDU-Kandidat auf. Er unterlag dem von der SPD nominierten Herrn M. Im September 1993 stellte sich der Antragsgegner bei der Bürgermeisterwahl erneut als freier Kandidat zur Wahl, unterlag aber im zweiten Wahlgang einem Herrn Sp, der ebenfalls als freier Kandidat angetreten war. Die CDU hatte einen eigenen anderen Kandidaten, Herrn R, aufgestellt.

Im Februar 1994 ist die M Unabhängige Gemeinschaft Freie Bürger - M.U.G. - gegründet worden. Der Antragsgegner ist Gründungsmitglied und Beisitzer im Vorstand. Der Gründung der M.U.G. lag in erster Linie zugrunde, daß die Gründungsmitglieder für die Lösung innerörtlicher Verkehrsprobleme ein anderes Konzept bevorzugten als die CDU. Darüber hinausgehende allgemein-politische Erwägungen, insbesondere andere politische Grundauffassungen als die der CDU, spielten demgegenüber keine Rolle. Der Antragsgegner kandidierte auf der Liste der M.U.G. für den Gemeinderat als Spitzenkandidat. Der Vorstand des CDU-Gemeindeverbandes M beschloß daraufhin am 25. März 1994 einen Ausschlußantrag gegen den Antragsgegner, weil dieser auf einer konkurrierenden Liste bei den Kommunalwahlen antrat. Dieser Ausschlußantrag ging am 28. März 1994 in der Geschäftsstelle des Antragstellers ein. Er wurde erstmalig auf der Sitzung des Vorstandes des Antragstellers am 14. April 1994 behandelt. Ausweislich des Sitzungsprotokolls empfahl der Vorsitzende des Antragstellers, zunächst abzuwarten und auf keinen Fall vor der Wahl einen Ausschluß vom Zaun zu brechen, da man aus dem Antragsgegner sonst einen Märtyrer machen würde. Man sollte zunächst den Ausgang der Wahl betrachten. Sollte der Antragsgegner dann gewählt werden und das Amt annehmen, könne man ihn immer noch ausschließen. Dieser Vorschlag wurde mit einer Enthaltung so angenommen. Die Absicht, den Vorgang aus dem Wahlkampf herauszuhalten, zerschlug sich, da die lokalen Blätter am 19. April 1994 ausführlich über das Vorhaben des CDU-Gemeindeverbandes M, den Antragsgegner aus der CDU auszuschließen, berichteten. Am 21. April 1994 befaßte sich der Vorstand des Antragstellers auf einer außerordentlichen Sitzung erneut mit diesem Thema. Es wurde beschlossen, an den Antragsgegner ein Abmahnschreiben zu schicken. Der Antragsgegner wurde in diesem Schreiben vom 22. April 1994 aufgefordert, auf die Kandidatur für die M.U.G. zu verzichten und seine Mitgliedschaft in dieser Vereinigung aufzugeben. Der Antragsgegner sollte außerdem erklären, daß er sich keiner anderen mit der CDU konkurrierenden Partei oder Gruppierung anschließen und für diese auch nicht kandidieren werde. Mit Schreiben vom 09. Mai 1994 verteidigte der Antragsgegner seine Kandidatur für die M.U.G. Auf der Sitzung des Vorstandes des Antragstellers am 17. Mai 1994 wurde daher erneut über den Ausschlußantrag beraten. Der Antrag, einen Ausschlußantrag gegen den Antragsgegner vor dem Parteigericht zu stellen, wurde schließlich bei 3 Ja-Stimmen, 6 Nein-Stimmen und 6 Enthaltungen abgelehnt. Es wurde beschlossen, zunächst ein Gespräch des engeren Kreisvorstandes mit dem engeren Vorstand des Gemeindeverbandes [in M] zu führen und danach nochmals über den Antrag auf Ausschluß abzustimmen. Das Gespräch sollte am 25. Mai 1994 stattfinden. Über das Ergebnis dieses Gesprächs ist nichts bekannt.

Die Gemeinderatswahl fand am 12. Juni 1994 statt. Der Antragsgegner wurde für die M.U.G. mit den meisten Stimmen in den Gemeinderat gewählt. In dem von bisher 18 auf 14 Mitglieder reduzierten Gemeinderat errangen die SPD 5, die CDU 3, die M.U.G. 3 und die M Bürgervereinigung 3 Mandate. Der vorherige Gemeinderat hatte aus 18 Mitgliedern bestanden; davon gehörten der SPD 9, der M Bürgervereinigung 5 und der CDU 4 Mitglieder an.

Nach dieser Gemeinderatswahl beschäftigte sich der Vorstand des Antragstellers auf seiner Sitzung am 07. Juli 1994 abermals mit dem Ausschluß des Antragsgegners. Bei einer Enthaltung wurde beschlossen, den Antrag auf Ausschluß vor dem Parteigericht zu stellen.

Der Antragsteller hat beantragt,

den Antragsgegner aus der CDU auszuschließen.

Der Antragsgegner hat beantragt,

den Ausschlußantrag abzuweisen.

Auf die mündliche Verhandlung vom 20. Juni 1995 hat das Gemeinsame Kreisparteigericht für den Bezirk N-B den Antrag auf Ausschluß des Antragsgegners aus der CDU abgewiesen. Das Gemeinsame Kreisparteigericht hat die Abweisung des Ausschlußantrages darauf gestützt, daß freie Wählervereinigungen auf kommunaler Ebene nicht als andere politische, mit der CDU konkurrierende Gruppen anzusehen seien. Auf die Kandidatur des Antragsgegners auf einer Liste der M.U.G. könne der Ausschlußantrag deswegen nicht gestützt werden.

Gegen diesen Beschluß, der am 30. August 1995 beim Antragsteller eingegangen ist, hat der Vorstand des Antragstellers mit Schreiben vom 22. September 1995 Beschwerde eingelegt, mit der er den Ausschlußantrag weiter verfolgt hat.

Der Antragsteller hat beantragt,

den Beschluß des Gemeinsamen Kreisparteigerichts für den Bezirk N.-B. der CDU am 20. Juni 1995 zu ändern und den Antragsgegner aus der Partei auszuschließen.

Der Antragsgegner hat beantragt,

die Beschwerde zurückzuweisen.

Das Landesparteigericht Baden-Württemberg der CDU hat aufgrund der mündlichen Verhandlung vom 30. März 1996 den angefochtenen Beschluß abgeändert und dem Antragsgegner für die Dauer der Amtszeit des im Juni 1994 gewählten Gemeinderats von M die Fähigkeit zur Bekleidung von

Parteiämtern aberkannt. Den weitergehenden Antrag auf Ausschluß des Antragsgegners aus der Partei hat das Landesparteigericht abgewiesen.

Zur Begründung hat das Landesparteigericht ausgeführt, daß der Antragsgegner vorsätzlich die Voraussetzungen geschaffen habe, unter denen ein Parteiausschluß möglich sei. Die Kandidatur für eine mit der CDU konkurrierenden Liste bei Kommunalwahlen stelle einen erheblichen Verstoß gegen die Grundsätze und gegen die Ordnung der Partei dar. Gleichwohl sprächen gewichtige Gründe dafür, von der schwersten Form der Ahndung, nämlich dem Ausschluß aus der Partei, abzusehen. Das Landesparteigericht hat bei seinen Erwägungen zugunsten des Antragsgegners berücksichtigt, daß

- der Antragsgegner sich in einer mehr als 40-jährigen Mitgliedschaft Verdienste um die örtliche CDU erworben hat,
- der Antragsgegner in der Gemeinde als einer der profiliertesten, am politischen Leben teilnehmenden Persönlichkeiten gilt und dieses Profil in der Vergangenheit für die CDU genutzt hat,
- das wiederholte Auftreten des Antragsgegners als freier Kandidat für das Bürgermeisteramt in den Jahren 1969, 1977 und 1993 für die örtliche CDU nie ein Anlaß gewesen sei, gegen ihn Konsequenzen zu ziehen,
- die SPD als politischer Gegner der CDU bei den Gemeinderatswahlen 1994 durch das Auftreten des Antragsgegners eine deutliche Schwächung erfahren hat,
- die M.U.G. unter dem Einfluß des Antragsgegners bei wesentlichen kommunalpolitischen Fragen ein deutliches Bestreben zur Zusammenarbeit mit der CDU zeige,
- die örtliche CDU-Fraktion in M nach der letzten Kommunalwahl ein Gemeinderatsmitglied der SPD gegen den Antragsgegner zum stellvertretenden Bürgermeister der Gemeinde gewählt hat und sich dabei ebenfalls zu einem Verhalten hat bewegen lassen, das unter rein parteipolitischen Gesichtspunkten den Belangen der CDU zuwider lief.

Gegen diesen Beschluß des Landesparteigerichts Baden-Württemberg, der ihm am 23. Oktober 1996 zugestellt worden ist, hat der Vorstand des Antragstellers mit Schreiben vom 8. November 1996 - bei der Geschäftsstelle des Bundesparteigerichts eingegangen am 14. November 1996 - Rechtsbeschwerde eingelegt. Zur Begründung hat er auf sein „Einspruchsschreiben vom 22. September 1995“ Bezug genommen.

Der Antragsteller beantragt,

den Beschluß des Landesparteigerichts zu ändern und den Antragsgegner aus der Partei auszuschließen.

Der Antragsgegner beantragt,
die Rechtsbeschwerde zurückzuweisen.

Der Antragsgegner trägt vor, daß er sich zur CDU bekenne. Er habe jahrzehntelang für die CDU gearbeitet und dabei auch persönliche Opfer gebracht. Wegen seiner geraden Haltung genieße er in der Öffentlichkeit hohes Ansehen.

Der beigeladene CDU-Gemeindeverband M hat sich dem Ausschlußantrag des Antragstellers angeschlossen und mit Schriftsatz vom 6. Januar 1997 - bei der Geschäftsstelle des Bundesparteigerichts eingegangen am 8. Januar 1997 - ergänzend vorgetragen, daß ein Parteiausschluß zwingend erforderlich sei, weil der Antragsgegner nicht bereit sei, die Mitarbeit in der M.U.G. einzustellen und dies auch mit Sicherheit nicht zur nächsten Kommunalwahl tun werde. Durch das Verhalten des Antragsgegners sei ein großer Schaden für den CDU-Gemeindeverband M entstanden.

II.

Die Rechtsbeschwerde gegen den Beschluß des Landesparteigerichts Baden-Württemberg ist unzulässig.

Das Rechtsbeschwerdeschreiben ist zwar rechtzeitig bei der Geschäftsstelle des Bundesparteigerichts eingegangen. Es fehlt aber die nach § 42 Abs. 2 Satz 3 PGO erforderliche Begründung der behaupteten Rechtsverletzung. Der Vorstand des Antragstellers nimmt zur Begründung seiner Rechtsbeschwerde lediglich auf das Einspruchsschreiben vom 22. September 1995 Bezug. In diesem Einspruchsschreiben hatte der Vorstand des Antragstellers seine Beschwerde gegen den Beschluß des Gemeinsamen Parteigerichts begründet und sich mit diesem Beschluß auseinandergesetzt. Eine Auseinandersetzung mit dem Beschluß des Landesparteigerichts vom 30. März 1996 enthält dieser Schriftsatz naturgemäß nicht.

Die Stellungnahme des beigeladenen CDU-Gemeindeverbandes M vom 6. Januar 1997 kann die fehlende Begründung der Rechtsbeschwerde nicht ersetzen. Zwar haben auch Beigeladene grundsätzlich das Recht, innerhalb der gesetzlichen Fristen Rechtsmittel einzulegen und diese zu begründen. Voraussetzung ist jedoch, daß der Beigeladene durch den angefochtenen Beschluß selbst materiell beschwert, d.h. in seinen rechtlich geschützten Interessen berührt ist. Das ist vorliegend nicht der Fall. Als CDU-Gemeindeverband war der Beigeladene gerade nicht berechtigt, selbständig beim Parteigericht einen Ausschlußantrag zu stellen. § 11 Abs. 2 des Statuts der CDU gibt dieses Recht nur dem örtlich zuständigen Kreis- oder Landesvorstand und dem Bundesvorstand. Wenn der Beigeladene nicht selbst den Antrag auf Ausschluß vor dem Parteigericht stellen kann, dann kann er durch einen den Ausschluß versagenden Beschluß auch nicht beschwert sein (vgl. Kopp, VwGO, 10. Aufl., Vorbem. § 124, Rdnr. 48 m.w.N.).

Da die Rechtsbeschwerde unzulässig ist, besteht an sich keine Veranlassung, auf den angefochtenen Beschluß des Landesparteigerichts inhaltlich einzugehen. Nur zur Klarstellung wird auf folgendes

hingewiesen: Das Landesparteigericht geht zu Recht und in Übereinstimmung mit der Rechtsprechung des Bundesparteigerichts von dem Grundsatz aus, daß die Kandidatur auf einer mit der CDU konkurrierenden Liste, auch wenn sie nicht von einer anderen Partei, sondern von einer Wählervereinigung aufgestellt ist, der CDU durch den anzunehmenden Abzug von Wählerstimmen einen schweren Schaden zufügt und im allgemeinen den Ausschluß des Mitglieds aus der Partei erforderlich macht. Dieser Grundsatz gewinnt im vorliegenden Fall noch dadurch an Bedeutung, daß der Antragsteller als zuständiger Kreisverband die Fremdkandidatur ausdrücklich mißbilligt und den Antragsgegner noch vor der Kommunalwahl abgemahnt hat. Das Landesparteigericht hat im Rahmen des ihm eingeräumten trichterlichen Ermessens gleichwohl von einem Ausschluß abgesehen und nur eine Ordnungsmaßnahme verhängt. Das Bundesparteigericht könnte diese mit guten Gründen versehene Entscheidung im Rahmen der Rechtsbeschwerde nur darauf überprüfen, ob ein Ermessensfehler vorliegt. Es wäre ihm verwehrt, anstelle des Landesparteigerichts selbst eine Ermessensentscheidung zu treffen.

Letztlich bleibt es dabei, daß sich das Bundesparteigericht mit den Ermessenserwägungen des Landesparteigerichts nicht auseinandersetzen hat, weil die Rechtsbeschwerde aus den eingangs dargestellten Gründen als unzulässig zu verwerfen ist.

Die Entscheidung über die Kosten folgt aus § 43 PGO.